

DIE ARBEITER^{INNEN}ZEITUNG

Herausgegeben von der Partei der Arbeit

Ausgabe 2018/05



KAMPFBEREITSCHAFT ABGEWÜRGT

In den ersten Monaten dieses Jahres zeigten die Beschäftigten des privaten Sozial- und Gesundheitsbereichs ihre Kampfbereitschaft für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. KOMintern-AKRätin Selma Schacht, selbst Betriebsratsvorsitzende in einem großen Betrieb aus diesem Bereich im Interview über die Lehren aus dem Warnstreik

>>> Seite 3

DIE VOLLSTRECKER DER BLANKEN KAPITALMACHT!

Eine Regierung, die von einem Kanzler ohne abgeschlossene Ausbildung geführt wird, und größtenteils aus unerfahrenen Ministern besteht, die täglich neue Anlässe zum fremdschämen liefern, und einem Vizekanzler, der auf seine Wahlversprechen pfeift. So stellt

sich die Koalition Kurz-Strache nach 100 Tagen dar.

Die Regierung reitet auf einem Konjunkturhoch, zu dem sie nichts beigetragen hat, das jedoch üppige Mehreinnahmen für die Staatskasse bringt. Das führt zu *Fortsetzung auf Seite 2*

allerlei Auswüchsen. So bekommen Kurz und Strache nicht näher bezifferte jährliche Sonderbudgets im zweistelligen Millionenbereich, für das FP-geführte Verteidigungsministerium stehen gar 60 zusätzliche Millionen in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung.

Gleichzeitig muss sich Kanzler Kurz natürlich bei seinen Großspendern aus der Industrie bedanken und schenkt ihnen, was nur geht: Arbeitsgesetze sollen ausgehöhlt, der 12-Stundentag eingeführt, und die Kontrolle der Betriebe zurück-

gefahren werden. Damit nicht genug, wird auch noch eine weitere Senkung der Steuerleistung der Reichen geplant, obwohl die ohnehin schon kaum etwas zum Staatshaushalt beitragen.

Reiche entlasten – Soziale Sicherheit zertrümmern

Zusammengestrichen wird alles, was der Allgemeinheit nützt. So wird das Budget des AMS gekürzt, die Krankenkassen sollen zu Tode „reformiert“ und die Allgemeine Unfallversicherungsan-

stalt (AUVA) soll zerschlagen werden. Damit wird mit dem Vorschlaghammer auf eine Einrichtung eingeschlagen, die viel zur medizinischen Versorgung beiträgt. Unter dem Schlagwort „Senkung der Lohnnebenkosten“ wird dem Sozialstaat an sich zu Leibe gerückt. In der ganzen Debatte über die ach so schlechten Krankenkassen wird gerne verschwiegen, welche Kassen seit Jahrzehnten die meisten Zuschüsse verschlingen: es sind dies die SVA (Unternehmer) und SVB (Bauern). Alle anderen dürfen diese subventionieren. Oder anders ausgedrückt: Mit den Beiträgen der ArbeiterInnen und Angestellten werden die Kassen der Unternehmer und der Bauern finanziert. Damit nicht genug: Schon seit langem ist es so, dass das Karenzgeld für alle (also auch für Großbäuerinnen, SpitzenverdienerInnen und MüssiggängerInnen aus dem Geld- und Industrieadel) von den Werk-tätigen bezahlt wird.

Weniger sozial, mehr Kapital!

Diese Regierung wurde installiert, um Österreich gründlich umzubauen. Weniger sozial, mehr Kapital. Deshalb hat man auch den Herrn Kickl zum Innenminister gemacht. Denn dass Widerstand zu erwarten ist, haben sich die Herrschaften in der Regierung auch schon gedacht. Und deshalb wird die Polizei umgebaut und umgefärbt, bis selbst die Schwarzen blau anlaufen. Die undurchschaubaren Intrigen um die Ablöse des obersten Geheimpolizisten zeigen, dass es im Sicherheitsapparat rumort und die FPÖ dabei ist, zu säubern und wichtige Positionen mit ihren Leuten zu besetzen. Auch die Überwachung und Bspitzelung der Bevölkerung soll ausgebaut werden. So will Kickl alles unter Kontrolle haben, vor allem will er verlässliche „Kameraden“ aus dem stramm-rechten Bereich um sich haben, die ihm bereitwillig bei der Bekämpfung jeglichen Widerstands behilflich sind.

Diese Regierung hat den Auftrag, die blanke Kapitalmacht zu vollstrecken. Geballter Widerstand ist die einzig vernünftige und wirksame Antwort darauf. ■

Otto Bruckner,
Parteivorsitzender der PdA

KOMMENTAR

Rotgrün als Alternative zu Schwarzblau?

Im vergangenen halben Jahrhundert befand sich die SPÖ großteils als Kanzlerpartei in der Bundesregierung. In ihre Hauptverantwortung fallen seit den 1980er Jahren Sozialabbau, die Verschleuderung von Volkseigentum, Reallohnverluste, permanente Arbeitslosigkeit für hunderttausende Menschen, Demokratieabbau und Souveränitätsaufgabe zugunsten des EU-Apparats, Militarisierung sowie stetig verschärfte Fremden-gesetze und Asylbestimmungen. Die schwarzblaue Bundesregierung mag nun durch besondere Chuzpe glänzen, inhaltlich bedeutet sie aber letztlich nur die konsequente Fortsetzung der asozialdemokratischen Regierungen von Vranitzky über Faymann bis Kern. Letzterer, ein hoch dotierter Manager mit Erfahrung in Personalausbeutung, Angestelltenminimierung und Profitmaximierung, ist als Oppositionsführer der sprichwörtliche Bock, der zum Gärtner werden soll, jedoch das Feld der Arbeiterbewegung bloß weiter zerstört.

Die Grünen haben endgültig den Beweis ihrer politischen Entbehrlichkeit erbracht: Kaum raus aus dem Parlament, lässt sich die erhabene Moralinstanz und Ex-Chefin von einem Glücksspielkonzern einkaufen. Der grüne Bundespräsident, als Bollwerk gegen rechts gewählt, ist nicht einmal eine blumige Einfriedung und hat Spaß bei der Angelobung von deutschnationalen und rechtsextremen Burschenschaftlern als Regierungsmitglieder. Lifestylepolitik für Besserverdienende und verächtliches Erziehungsdiktat gegenüber den sozial Schwachen braucht niemand außer ein paar wohlstandsradikalisierten Kleinbürgern und entrückten Euro-ChauvinistInnen. In den Landesregierungen tragen die Grünen ohnedies jede Schweinerei der „staatstragenden“ Parteien mit.

Ungeachtet der mathematischen Fraglichkeit, bieten SPÖ und Grüne keine wirkliche, glaubwürdige Alternative: Sie wären lediglich eine weitere, nur in Nuancen andere Regierung des Kapitals und der Reichen, die mit freundlicherem Gesicht ebenso die Arbeitenden ausnimmt und die Armen alleine lässt.



von Tibor Zenker
stv. Vorsitzender der
Partei der Arbeit

STREIK IM SOZIALBEREICH: AUF HALBEM WEGE ABGEWÜRGT – DA WÄRE MEHR DRINNEN GEWESEN!

Die Wochen des Jänner und Februar 2018 haben gezeigt: Die Beschäftigten des privaten Sozial- und Gesundheitsbereichs sind bereit, für ihre Interessen zu kämpfen!

Doch schon nach dem ersten Warnstreik, mitten in der Vorbereitung noch viel breiterer Streiktage, knickte die Mehrheit des gewerkschaftlichen KV-Verhandlungsgremiums ein und stimmte einem faulen Kompromiss zu. KOMintern-AK-Rätin Selma Schacht war als Betriebsratsvorsitzende intensiv in die Streikorganisation eingebunden und hat als Mitglied des KV-Verhandlungsteams gegen diesen Abschluss gestimmt.

Selma, wie hast du den Streik erlebt?

Die Demonstrationen und Kundgebungen, Betriebsversammlungen und Warnstreiks haben eine hohe Kampf- und Streikbereitschaft gezeigt. Tausende KollegInnen sind dabei für ihre Interessen und Anliegen auf die Straße gegangen, haben vielfach erstmals an einer Demonstration teilgenommen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten ist mit den Warnstreiks am 15. und 16. Februar überhaupt das erste Mal in ihrem Leben in Arbeitsniederlegungen und einen Streikkampf getreten.

Wie war die Stimmung in den Betrieben?

Die Warnstreiks in den über 140 Einrichtungen, die seitens der Belegschaften mit überragenden Mehrheiten getroffenen Streikbeschlüsse, wie auch die Stimmung unter den Streikenden und in den anderen Belegschaftsteilen haben nachdrücklich erwiesen: Die Kampffront der PflegerInnen, JugendbetreuerInnen, PädagogInnen, SozialarbeiterInnen und BehindertenbetreuerInnen wäre gestanden! Die Beschäftigten waren bereit und willens, den Kampf konsequent aufzunehmen, auszudehnen und zum Erfolg zu führen.

Was ja durch die Gewerkschaftsführung verhindert wurde ...

Ja, vor dem Hintergrund hätten wir den Streikkampf flächendeckender und über einen längeren Stundenzzeitraum ausdehnen und verschärfen müssen. Wir wollten ihn aktiv aus den Einrichtungen auf die Straße tragen und auch die an den SWÖ-KV angelegten Bereiche (Caritas, Diakonie usw.) aktiver einbeziehen, um die Blockadehaltung der Arbeitgeber aufzubrechen. Stattdessen hat sich auf Seiten der engeren Gewerkschaftsführung und –verhandlerInnen wieder das bekannte sozialpartnerschaftliche Zaudern und Kleinbegeben durchgesetzt: Die Mehrheit der Betriebsräte des Verhandlungsgremiums war – nachdem sie auch von einigen Seiten „bearbeitet“ wurden – nicht (mehr) bereit, den weiteren, in vielen Betrieben schon bestens vorbereiteten nächsten Schritt zum Streik am 27./28.2. zu setzen. Viele Beschäftigte, die sich für die zweite Phase streikbereit gemeldet haben um die Auseinandersetzung wie geplant noch zu forcieren, waren auch entsprechend verärgert, dass sie zurückgepfiffen wurden.

Warum hast du dagegen gestimmt?

Ich – und noch acht andere aufrechte KollegInnen – haben aufgrund des viel zu niedrigen Prozentsatzes und der kompletten Niederlage bei der Arbeitszeitverkürzung gegen diesen Abschluss und für die Forcierung weiterer Arbeitskampfmaßnahmen gestimmt. Die Gewerkschaft hat dieses Ergebnis aber wie üblich in einen vermeintlichen Erfolg umgemünzt, lächerlicher Weise



KOMintern AK-Rätin Selma Schacht im Interview

sogar garniert mit dem Logo der Arbeitszeitverkürzungs-Kampagne! Dabei wird in Wirklichkeit so der Sozialbereich als Niedriglohnbranche weiter fortgeschrieben, ein Aufholen gibt es nicht; und wir sind keinen einzigen Millimeter in Sachen 35-Std-Woche weitergekommen!

Aber positiv bleibt: Es wurde gezeigt, dass die Beschäftigten den Mut haben, in Arbeitskämpfe zu treten und diese aktiv und gemeinsam zu führen! Die erfolgten und schon vorbereiteten weiteren Protestmaßnahmen, Betriebsversammlungen und vor der Ausweitung stehenden Streiks haben zumindest bewirkt, dass den Arbeitgebern bei der Gehaltserhöhung und bei den Zulagen mehr abgerungen werden konnte.

Dasselbe gilt für gewonnene Erfahrungen und Einsichten tausender KollegInnen in ihre kollektive Kraft und Möglichkeiten. Wäre die Streikbewegung nicht abgewürgt worden, wäre in vielerlei Hinsicht unter gewerkschaftlicher Perspektive noch viel mehr drinnen gewesen!

Welche Schlüsse ziehst du für zukünftige Auseinandersetzungen?

Ich denke, wir müssen viel früher beginnen, überbetriebliche und öffentliche Aktionen zu planen und uns gegen-

seitig zu unterstützen. Aber wir knüpfen nun an soviel Wissen und Erfahrungen an, dass wir jedenfalls nicht bei Null beginnen. Und wir müssen Einschüchterungsversuchen des Gewerkschaftsapparats geschlossen entgegenstehen. Außerdem fordern wir, dass bei der nächsten Verhandlungsrunde auch die Betriebsräte und Beschäftigten in einer Urabstimmung in den Beschluss über einen KV-Abschluss einbezogen werden, wir wollen nicht Spielball sozialpartnerschaftlicher Stellvertreterpolitik sein, sondern mitbestimmen! ■

Erinnern heißt kämpfen!

Anlässlich der 80. Wiederkehr der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland organisierte die Partei der Arbeit zusammen mit den GenossInnen von KJÖ und KSV Wien im März zwei erfolgreiche Veranstaltungen. Am eigentlichen Jahrestag versammelten wir uns öffentlichkeitswirksam am Mahnmahl gegen Faschismus und Krieg. Anders als das staatsoffizielle Gedenken erinnerten wir an die unzähligen politischen Opfer des Faschismus sowie an die vielen WiderstandskämpferInnen, die für ein freies und demokratisches Österreich ihr Leben riskierten.

Bei der zweiten Veranstaltung Ende März legten wir den Fokus auf Hintergründe und Folgen der Annexion Österreichs durch Deutschland. Zusätzlich wurden die Biographien von Sepp Teufel, Hedy Urach, Rudi Haunschmid und Max Petek vorgestellt. ■

80 JAHRE „ANSCHLUSS“ ÖSTERREICHS AN DEUTSCHLAND

Genau 80 Jahre ist es her, dass in Österreich die deutsche Wehrmacht einmarschierte und das Land völkerrechtswidrig an das faschistische „Dritte Reich“ anschloss. Die österreichische Regierung unternahm im März 1938 nichts gegen diesen militärischen und politischen Gewaltakt: Das austrofaschistische Diktatorregime, das die Christlichsoziale Partei (CSP), die Vorläuferorganisation der ÖVP, bereits 1934 errichtet hatte, übergab die Macht kampfflos an die Nazis. Österreich hörte bis 1945 auf zu bestehen.

Wenngleich keine Freunde des Hitlerfaschismus, begrüßten auch prominente österreichische Sozialdemokraten (Karl Renner, Otto Bauer, Adolf Schärf) den „Anschluss“ an Deutschland als historischen Fortschritt. Sowohl die SP als auch die CSP waren nämlich deutschnational und somit antiösterreichisch eingestellt – d.h. sie leugneten die Existenz einer österreichischen Nation und definierten die Österreicher als untergeordneten Teilstamm des großdeutschen Volkes, das sich seit 1871 auf preußischer Grundlage gebildet hatte.

Nur die damaligen österreichischen KommunistInnen sahen dies anders: Sie verteidigten als einzige die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des österreichischen Volkes. 1938-1945 führten die KommunistInnen daher nicht nur als bedeutendste Kraft einen



Gedenkkundgebung

antifaschistischen Widerstandskampf gegen den NS-Faschismus, sondern auch ganz bewusst einen nationalen Freiheitskampf gegen die deutsche Fremdherrschaft. Sie erfüllten den von den Alliierten geforderten eigenen österreichischen Beitrag zur Befreiung, womit der Moskauer Deklaration von 1943 entsprochen wurde und Österreich am 27. April 1945 wieder als eigenständiger Staat konstituiert werden konnte.

Nicht zu vergessen ist, dass trotz der Widerstandsaktivitäten der KommunistInnen oder slowenischer Partisanengruppen auch viele ÖsterreicherInnen mit dem deutschen Faschismus kollaborierten und selbst an unvorstellbaren Verbrechen, darunter nicht zuletzt der Holocaust, beteiligt waren. Auch aus

diesem Grund ist der konsequente Antifaschismus eine verfassungsmäßige Grundlage der Zweiten Republik – eine Aufgabe, an der die meisten österreichischen Regierungen jedoch scheitern. Die gegenwärtige Bundesregierung lässt überhaupt die notwendige Distanz zum Deutschnationalismus und Rechtsextremismus vermissen.

Die Partei der Arbeit Österreichs sieht es als ihre Verpflichtung, das Erbe des antifaschistischen und nationalen Freiheitskampfes zu bewahren, die Unabhängigkeit Österreichs als demokratischen und multiethnischen Staat sowie die Souveränität des österreichischen Volkes zu verteidigen. Daher lautet unsere Losung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für Frieden und Selbstbestimmung! ■

WIEN: MIETERHÖHUNG FÜR 100.000 WOHNUNGEN DROHT.

Im schwarz-blauen Regierungsprogramm ist die Aufhebung des Verbots von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln vorgesehen. Wenn das wirklich umgesetzt werden sollte, droht den MieterInnen von 100.000 Wohnungen in der Bundeshauptstadt eine Erhöhung der Mieten zwischen 1,30 und 3,50 Euro pro Quadratmeter! Dieses Vorhaben ist strikt abzulehnen

und es ist zu hoffen, dass sich breiter Widerstand dagegen entwickelt. Ohnehin fressen die Mietkosten immer größere Teile des Einkommens auf. Vorrangig sollte die Stadt Wien daher den sozialen Wohnbau forcieren, insbesondere durch die Errichtung von ausreichend günstigem Wohnraum in neuen Gemeindewohnungen. ■

BURGENLAND: KUNDGEBUNG IN KLOSTERMARIENBERG

Ende März fand im burgenländischen Ort Klostermarienberg eine Kundgebung statt, an der sich auch die Partei der Arbeit beteiligte. In diesem Ort kam die sowjetische Rote Armee auf burgenländischen Boden an und setz-

te der Nazi-Barbarei ein Ende. Einige Wochen nach der Einnahme des Burgenlandes rückte die Rote Armee auf Wien vor und befreite unsere heutige Bundeshauptstadt von der Naziherrschaft. ■



GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG DER AUVA (ALLGEMEINE UNFALLVERSICHERUNGSANSTALT)

Die Regierung plant die Zerschlagung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Damit steht der weitere Betrieb von sieben Unfallkrankenhäusern und vier Rehabilitationseinrichtungen ebenso in Frage, wie viele Leistungen, welche die AUVA für ca. 5 Millionen Menschen erbringt. ■

Gegen diese Pläne wurde eine Petition gestartet, die hier unterschrieben werden kann:

<https://mein.aufstehn.at/petitions/die-auva-darf-nicht-zerschlagen-werden-1>

TIROL: SCHWARZ-GRÜN II IST IM AMT

Am 25. Februar wurde in Tirol ein neuer Landtags gewählt. Die Partei der Arbeit, die Kommunistische Jugend und der Kommunistische StudentInnenverband riefen bei der Landtagswahl dazu auf, ungültig zu wählen, da für eine eigene Kandidatur die Ressourcen fehlten und keine der anderen Parteien glaubhaft für die Interessen des werktätigen Volkes eintritt.

Die neue Regierung ist die alte. Schwarz-Grün wird fortgesetzt. Abseits der schönen Worte in die sie ihre Projekte und Ziele verpackt, zeigt die vergangene Periode sehr deutlich, wohin die Reise geht. Als in vielen Bundesländern die Mindestsicherung gekürzt wurde, war auch die Schwarz-Grüne Landesregierung mit von der Partie. Danach hieß es von Seiten der Grünen man hätte das schlimmste verhindert.

Auch die von Touristikern und Hoteliers angestrebte Olympia-Bewerbung trugen die Landes-Grünen mit und riefen zu einem kritischen Ja bei der Volksbefragung auf. Die PdA hatte zu einem Nein aufgerufen, da wir der Meinung waren, dass das Geld für soziale Zwecke dringender gebraucht würde, als für Prestigeprojekte. Die Mehrheit sprach sich schließlich auch gegen die Olympia-Bewerbung aus. ■

STEIERMARK: KARL RUSSEIM VERSTORBEN



Eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung in Österreichs zweiter Republik, Karl Russeim aus dem obersteirischen Trofaiach, ist Ende März im Alter von 86 Jahren verstorben. Er war langjähriger kommunistischer Betriebsrat in der VOEST-Alpine Donawitz und gehörte viele Jahrzehnte der Führung der KPÖ sowie verschiedenen Gewerkschaftsgremien an. „An allen Weggabelungen der Geschichte ging er konsequent den

Weg der Unbeugsamen. In der Parteikrise Ende der 1960-er-Jahre ebenso, wie nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Länder. Scharf wandte er sich gegen den Opportunismus und Revisionismus, der seit geraumer Zeit die Politik der Bundes-KPÖ bestimmt“ heißt es in einem Nachruf der Partei der Arbeit. ■

Der gesamte Nachruf kann hier nachgelesen werden: <https://www.facebook.com/ParteiDerArbeit/photos/rpp.298693416922933/1519303871528542/?type=3&theater>

ITALIEN HAT WIEDER EINE KOMMUNISTISCHE PARTEI!

Non c'è vittoria, non c'è conquista, senza un grande Partito Comunista! Es gibt weder Sieg noch Errungenschaft ohne eine große kommunistische Partei – so das Motto unserer Bruderpartei in Italien.

Die Kommunistische Partei, seit 2013 einfach und prägnant: *il Partito Comunista*, zählt zu den Gründungsmitgliedern der Initiative kommunistischer & Arbeiterparteien Europas und definiert sich als „politische revolutionäre Avantgardeorganisation der italienischen Arbeiterklasse“. Diesem Ansatz sucht sie in Wort und Tat mit ca. 4000

Parteimitgliedern (Stand 2016) und ihrer überaus aktiven Jugendorganisation *Fronte della Gioventù Comunista* (FGC) gerecht zu werden. Marco Rizzo – Journalist, Dozent, Schriftsteller und Koautor des jüngst erschienenen, sehr gelungenen Werks über die Sowjetunion *URSS* (gemeinsam mit Alberto Lombardo), – wirkte von Beginn an als Generalsekretär.

Besondere Aufmerksamkeit fand der PC in der kommunistischen Bewegung zuletzt durch dessen aktivistische und mediale Vorbereitung anlässlich der Parlamentswahlen vom 4. März: So hat der Generalsekretär 45 Reden auf Kundgebungen gehalten, dabei insgesamt 10.000 km durchs ganze Land zurückgelegt, 82 Interviews im Fernsehen gehalten und 43 Interviews sowie Artikel zu Papier gebracht. Hervorzuheben sind 2 Zitate aus der Abschlusskundgebung vom 2. März in Rom, die zugleich einen guten

Einblick in die richtige Praxis bezüglich Parlamentswahlen geben. A. Mustillo, ex-Bundesvorsitzender des FGC und Koordinator des Politbüros stellte in seinem Schlusssatz klar: „Vielleicht werdet ihr uns nach den Wahlen im Parlament antreffen, aber zweifellos werden wir uns auf der Straße, am Arbeitsplatz, in den Schulen wiedersehen, um an eurer Seite zu kämpfen!“ M. Rizzo setzte dem ganz dialektisch in der Schlussrede noch hinzu: „Sie fragen euch, sie fragen uns, welches Ziel, welches Resultat wir erreichen wollen, dabei haben wir das Ziel bereits erreicht: in jeder Stadt, in jedem Ort ist Präsenz und Wille vorhanden, im PC aktiv zu werden!“

Und die Geschichte hat ihnen Recht gegeben – ohne sich auf eklektische Wahlbündnisse um des kleinsten gemeinsamen linken Nenners einzulassen, geht der PC mit fast 107.000 Stimmen trotz nicht erfolgten Einzugs als konsequenter Sieger unter den linken Parteien hervor. Die Basis für den Wiederaufbau der kommunistischen Partei unter marxistisch-leninistischem Vorzeichen wurde gelegt – nun kommt es darauf an, am Ball zu bleiben. ■



SOLIDARITÄT MIT AFRIN!

Die Armee der Türkei marschierte begleitet von massiven Luftangriffen im Nachbarland Syrien ein und fiel über die zur kurdischen Selbstverwaltungszone gehörende Stadt Afrin her. Am Boden ging sie gemeinsam mit jihadistischen Terrorbanden gegen die kurdische, jesisidische und christliche Bevölkerung vor. Die Bilder, die wir davon gesehen haben, zeigen eine entmenslichte Soldateska, die grausame Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt. Die kurdischen Selbstverteidigungskräfte haben nach wochenlangem Widerstand gegen den staatsterroristischen Aggressor den größten Teil der Bevölkerung aus der Stadt evakuiert, als sie sie mit militärischen Mitteln nicht mehr halten konnten. Der Einmarsch der Eroberer war begleitet von Plünderungen, Vergewaltigungen, Folter und Morden. Historische Kulturdenkmäler wurden zerstört. Die NATO und die EU ließen Erdogan gewähren, ebenso hatte Russ-



Afrin im fruchtbaren Tal des gleichnamigen Flusses von Süden. Quelle: Wikipedia

land den Luftraum für die türkischen Luftangriffe freigegeben. Auf sich allein gestellt haben die kurdischen Selbstverteidigungskräfte weiteren Widerstand in der Stadt Afrin und gegen das weitere Vorrücken der türkischen Armee auf andere Städte und Gebiete angekündigt.

Die Partei der Arbeit hielt am 5. April gemeinsam mit KOMintern und KJÖ eine Solidaritätsveranstaltung ab, bei der auch ein Vertreter des kurdischen Dachverbandes Feykom das Wort ergriff. Auch an den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen in Wien nahm die PdA teil. ■

ROTE LITERATUR – JETZT BESTELLEN!

Folgende Bücher und Broschüren können bei der PdA bestellt werden (Preis auf Anfrage):

- ★ Einheit & Widerspruch. Theoretisches und Diskussionsorgan der PdA: Ausgabe 2-5
- ★ Gerfried Tschinkel: Die Warenproduktion und ihr Ende
- ★ Walter Winterberg: Schwimmen gegen den Strom
- ★ Lisl Rizy/Willi Weinert: Österreichische Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg und danach
- ★ Hans Heinz Holz: Die Welt begreifen – organisiert handeln!

► Bestellungen an pda@parteiderarbeit.at





PARTEI ERGREIFEN WER WIR SIND, WAS WIR WOLLEN

Die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) ist ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen, Angestellten, SchülerInnen, Studierenden, kleinen Selbständigen, PensionistInnen und Arbeitslosen – von „einfachen Menschen“, die sich nicht damit abfinden, dass die Welt so ist, wie sie ist.

treten ein für menschenwürdige Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse für alle; für Löhne und Gehälter, von denen man ohne Ängste und Zwänge leben kann; für das Volkseigentum an großen Unternehmen und an der Grundversorgung; für demokratische Mit- und Selbstbestimmung am Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplatz; für die gezielte Besteuerung von großen Vermögen und Kapital; für ein staatlich gesichertes Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem; für den Austritt Österreichs aus der antidemokratischen, asozialen, militaristischen und imperialistischen EU; für Frieden, Demokratie, nationale Selbstbestimmung, Solidarität und sozialen Fortschritt; für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen und klassenlosen Gesellschaft, wo jeder Mensch beiträgt, was er kann, und jeder bekommt, was er braucht.

Die PdA will und kann nicht statt den arbeitenden Menschen Politik machen, sondern muss dies gemeinsam mit ihnen tun. Jede gesellschaftliche und politische Kraft, jede Idee, jeder Standpunkt und jeder Kampf sind nur so stark, wie es Menschen gibt, die sich dafür einsetzen.

Daher lautet unser Aufruf: Macht euch selbst stark, indem ihr für eure eigenen Interessen Partei ergreift! Für dieses gemeinsame Ziel ist die PdA ein Angebot.



Kontakt: pda@parteiderarbeit.at
Weitere Infos: www.parteiderarbeit.at,
www.facebook.com/ParteiDerArbeit ■

Termine

WIEN

26. Mai, 14 Uhr:
Symposium der PdA
anlässlich des 200.
Geburtstages von Karl
Marx. Ort und genaues
Programm wird rechtzeitig
auf www.parteiderarbeit.at
bekanntgegeben.

29. Juni, 19 Uhr:
Stammtisch der PdA
Wien zu aktuellen
politischen Themen.
1080 Wien, Bennogasse 6/
Eingang Bennoplatz 7

OBERÖSTERREICH

6. Mai, 9.15 Uhr,
Mauthausen: Gedenk-
und Befreiungsfeier
im KZ-Mauthausen